

Bild des Tages



Silbern im Wind wehend, leuchten die Blütenstände des Chinaschilfs in Tänikon TG in der Neujahrssonne.

Leserbild Gody Suter, Wiesendangen

Landluft



Für einmal ein echter König sein

Kaum ist der weihnächtliche Festschmaus vorbei, steht schon der nächste vor der Tür: der Schmaus an der Königstafel. Denn daher rührt der Brauch zu Ehren der Heiligen Drei Könige. Hierzulande wird er am 6. Januar mit dem Verspeisen eines Dreikönigskuchens begangen. Im alten Rom feierten die Untertanen des Königs Saturnus ihren Herrscher mit einer pompösen Feier. Zum Festessen wurden jeweils auch Arme eingeladen. Mit den Reichen würfelte sie um die Königswürde. Jedermann hatte so die Möglichkeit, einen Tag lang zu herrschen. 1952 erweckten Bäcker den zwischenzeitlich vergessenen Brauch zu neuem Leben. Wohl nicht ganz uneigennützig. Denn heuer ist der Dreikönigskuchen das meistverkaufte Spezialgebäck in der Schweiz.

Was aber darf dieser König auf Zeit heute eigentlich? Eine kleine Umfrage unter Redaktionskollegen zeigt: «Nichts Besonderes.» Ausser: «Sich einen Tag lang die Papierkrone aufsetzen und die Kollegen herumkommandieren.» Jemand erinnert sich, zu Hause jeweils um den Abwasch gekommen zu sein. Das wars aber auch schon.

Veranstalten die Verwaltungen auf dem Land eigentlich auch ein Königskuchenessen? Ungeahnte Möglichkeiten täten sich hier auf. Für einmal könnte der Förster eine Gemeindeversammlung leiten und bei der Anschaffung eines Forstraktors den Stichtentscheid fällen.

Oder der Gemeindeschreiber, der heimliche König, müsste sich nicht hinter dem Präsidenten verstecken. In Illnau-Effretikon hätte er sogar einen feudalen Regierungssitz, das Schloss Kyburg. Von dort aus könnte er – je nach politischer Ausrichtung – den Steuerfuss nochmals senken oder erhöhen. Oder grad das Parlament abschaffen. Damit die endlose Feilscherei um den Steuerfuss ein Ende hat. Und als Vertreter von Gott auf Erden könnte er auch noch sämtliche Kirchgemeinden zusammenschliessen. Das zögerliche Getue von wegen Fusion oder nicht gehörte dann ebenfalls der Vergangenheit an. *Nadja Ehrbar*

Leserbriefe

«Ist denn Religion nicht mehr Privatsache?»

Zu Religionsumfrage und Streitgespräch

Ausgaben vom 29. und 30. Dezember
Die verschiedenen Artikel über das Engagement von Christen für unsere Stadt haben mich gefreut. Der persönliche Glaube an den Gott, der in der Bibel das Zentrum ist, bewegt zum Handeln – im Dienst der Mitmenschen, der Gemeinschaft.

Unsere Demokratie, die staatlichen Strukturen, vor allem das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen gründen auf den zentralen Werten des Christentums, unter anderem Nächstenliebe, Gleichwertigkeit der Menschen, Unantastbarkeit des Lebens, Barmherzigkeit, Wahrheit. In Weltregionen mit anderen Wertesystemen sind die Auswirkungen ebenfalls sichtbar – und ich möchte dort nicht zur unteren Bevölkerungsschicht gehören.

Deshalb frage ich mich, weshalb Christen, mit ihrem Engagement für die Gesellschaft, eine Bedrohung darstellen?

Marco Innocente, Winterthur

meinen Lieblingstexten. Man stelle sich vor: Da hat sich ein Priester vor ungefähr 2500 Jahren im Exil in Babylon die damaligen wissenschaftlichen Erkenntnisse und die in Mesopotamien verbreiteten Mythen genau angehört und von seinem Glauben her einen kritischen Blick darauf geworfen. So konnte er nicht anerkennen, dass die Schöpfung das Ergebnis eines Kampfes zwischen verschiedenen göttlichen Mächten war, er wollte die Gestirne nicht als eigene Gottheiten ansehen, sondern schlicht als Laternen am Himmel, und er war zur Überzeugung gelangt, dass die Menschen nicht etwa dazu geschaffen waren, irgendwelchen Göttern zu dienen, sondern dazu, für diese Erde Verantwortung zu übernehmen, und zwar Männer und Frauen gleicherweise. Daran glaube ich nun wirklich!

Heidi Profos, pensionierte Pfarrerin, Winterthur

Ein Bravo für die zwei Stadträtinnen, die drei Stadträte und die acht Mitglieder des Gemeinderates, die bei der Umfrage zum Thema Religion nicht mitgemacht haben! Ich kann nur den Kopf schütteln beim Lesen der sehr persönlichen Fragen. Obwohl zum Teil 20 Prozent auf gewisse Fragen nicht geantwortet werden, wird der Schluss gezogen: Freikirchen haben einen zu grossen Einfluss. Bezeichnenderweise gibt es offenbar kein einziges Beispiel, wo eine Freikirche

ein Sachgeschäft im Gemeinderat beeinflusst hätte.

Ist denn Religion nicht mehr Privatsache? Konsequenterweise müsste in einer nächsten Umfrage die Mitgliedschaft in Sportvereinen, in der Kulturszene, in Wirtschaftsverbänden, in Verwaltungsräten, auch die Höhe des Einkommens und Vermögens erfragt werden. Gäbe es da wohl auch Schlüsse von Übervertretung gewisser Interessen?

Es liegt doch in der Hand von uns Winterthurerinnen und Winterthürern, Gemeinderäte und Stadträtinnen nach unserem Willen zu wählen: Wo liegt das Problem?

Vreni Rieser-Asper, Winterthur

Ein säkularer Staat ist noch lange kein neutraler Staat. Im Streitgespräch zeigt sich eine wesentliche Frage, die wir gesellschaftlich zu klären haben. So zitiert Reto Diener einen Auszug des Leitbildes der von David Schneider gegründeten Privatschule SalZH: «Wir verstehen den Glauben als eine im Alltag gelebte, persönliche Beziehung zu Gott». Das ist mir zu einseitig und letztlich mit unserem säkularen Weltbild nicht vereinbar. Bildung sollte zu einer freien und kritischen Grundhaltung befähigen, gegenüber der Gesellschaft, gerade auch in Glaubensfragen.

In öffentlichen Schulen ist das gewährleistet. Diener spricht hier ganz selbstverständlich von «unserem säkularen Weltbild», das den öffentlichen Raum prä-

gen soll. Damit wird der Säkularismus quasi zur öffentlichen Ersatzreligion gemacht, die gegenüber allen anderen Weltbildern gesellschaftlichen Vorrang geniessen soll. Meiner Meinung nach sollte sich ein neutraler Staat von allen weltanschaulichen Bindungen freihalten. Aus dieser Sicht ist der Staat verpflichtet, auch den säkular Denkenden gegenüber auf gleicher Augenhöhe zu begegnen wie allen anderen Vertretern religiöser oder areligiöser Gesinnungen und Weltanschauungen. Im Hinblick auf eine friedfertige, rechtsstaatlich gerechtere Entwicklung wäre es daher staatlich gesehen ratsam, alle religiösen und areligiösen Sinngemeinschaften mit ihren Schulen und sozialen Diensten gleichwertig zu behandeln. Es ist ein zukunftssträchtiger Modus zu finden, in dem neben den bisher staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaften auch Freikirchen, islamische Gemeinschaften als auch Freidenker sowie säkular Denkende in dem Masse von staatlichen Leistungen profitieren sollen, wie sie sich als sinnstiftende und staatstragende Gemeinschaften rechtsstaatlichen Grundsätzen gemäss zu verhalten gewillt sind.

Stefano Terzi, Alt-EVP-Gemeinderat, Winterthur

Freikirchenmitglieder sind Christen wie viele andere in unserer Stadt. Sie leben das Christentum auf ihre Art, jedes Mitglied für sich ganz persönlich. Kürzlich

hatte ich Gelegenheit, die Stiftung Quellenhof zu besichtigen, die von Freikirchen geführt wird. Überrascht war ich vom gelebten Auftrag: Menschen, die es nicht leicht im Leben haben, zu beschäftigen. Wieso meinen Linke und anscheinend auch Grüne, dass nur der Staat soziale Aufgaben erfüllen kann. Es erinnert mich an den Kampf der Linken seinerzeit gegen die christlichen Notschlafstellen. Sobald sie in einem Vorstoss oder einer Vorlage einen christlichen Hauch fanden, liefen sie Sturm. Ihre Staatsgläubigkeit hat sich nicht verändert.

Zudem sollte es den Linken zu denken geben, wenn Menschen in Notsituationen empfänglicher sind für kirchliche Institutionen statt für linke Ideologie. Natürlich soll der Staat soziale Aufgaben übernehmen, aber er soll auch freiwillige Institutionen unterstützen. Hilfe zur Selbsthilfe kommt immer noch günstiger, als wenn alles vom Staat finanziert wird, dies mit unzähligen Stellen, in denen vorab auch viele Linke tätig sind.

Was ist falsch, wenn ein Freikirchenmitglied, das in privaten Institutionen grossartige Leistungen erbracht hat, im Gemeinderat Einsitz nimmt? Was ist der Unterschied, ob man für das Gute als Mitglied einer Freikirche, der reformierten oder der katholischen Kirche eintritt, oder wenn Gemeinderatsmitglieder aus allen Parteien ihre Parteiinteressen wahrnehmen?

Ruth Werren, ehemalige Gemeinderätin FDP und Mitglied der reformierten Kirche

Dieses Gespräch trug wohl eher dazu bei, Fronten zu verhärten, als Gräben zu überbrücken. Daran waren unter andern die Fragen schuld. Was soll das denn heissen: Die Freikirchen «glauben an die Schöpfungsgeschichte und nicht an die Evolutionstheorie»? Ich persönlich halte die Evolutionslehre für die plausibelste Erklärung für die Entstehung unserer Welt. Trotzdem gehört das erste Kapitel der Bibel zu

Telefonnummern und Adressen

Etwas gesehen oder gehört? Rufen Sie uns an: **052 266 99 44** (10–22 Uhr)

haben Sie Fragen zu Ihrem «Landbote»-Abo? **0800 80 84 80** gibt Auskunft.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: **Der Landbote, Leserbriefe, Postfach 778, 8401 Winterthur** leserbriefe@landbote.ch

Diskutieren Sie online, indem Sie einen Artikel direkt auf unserer Website www.landbote.ch kommentieren